

Gerold Bührer

Ende Oktober will sich Gerold Bührer entscheiden, ob er für den Bundesrat kandidiert. Soeben als Nationalrat bestätigt, hat Bührer nach der Abgabe des FDP-Präsidiums vor einem Jahr jetzt neuen Aufwind erhalten. Dass seine Grundhaltung, bei allem zu Grunde liegenden Wirtschaftsliberalismus, viel differenzierter ist, erläutert er in seiner Tour d'Horizon gegenüber "persönlich". Interview: Oliver Prange und Matthias Ackeret, Fotos: Marc Wetli

"Ich bin eher der Typ, der früh klar Position bezieht, zum Beispiel in der EU-Frage, aber auch in Wirtschafts- und Steuerfragen. Da macht man sich auch Gegner."

"Und dann sind zwei externe Variable falsch gelaufen: das Swissair-Grounding und die Swiss Life-Krise."

"Die Frage eines Beitritts lässt sich übrigens nicht anhand der Zeitachse, sondern nur anhand von Inhalten beantworten."

"Die politische Arena wird seit einiger Zeit leider beherrscht von Panikmachern und von Problemverdrängern."

"Ich bin ein klarer Freund des Bilateralismus."

"Ich hoffe natürlich, dass die Swiss noch mehr Lehren zieht, auch im operativen Geschäft."

Herr Bührer, haben Sie sich schon über Ihre Bundesratskandidatur Gedanken gemacht?

"Da bleibt mir gar nichts anderes übrig. Schliesslich werde ich dauernd von Medien und Kollegen danach gefragt. Ich habe mir bis Ende Oktober Zeit gegeben, in meinem persönlichen Umfeld zu einem Schluss zu kommen. Und was die politische Konstella-

tion angeht, ist es für mich natürlich auch entscheidend, wie unsere Fraktion und die anderen bürgerlichen Fraktionen nach den Wahlen aussehen.“

Welchen Einfluss hat das denn? Wollen Sie etwa ganz auf Nummer sicher gehen?

“Ich predige ja aus meiner marktwirtschaftlichen Philosophie heraus, dass man gewisse Risiken eingehen muss. Selbstverständlich wäre ich dazu auch persönlich bereit. Eine solche Wahl ist ja nie kalkulierbar. Vor allem steht diesmal Verschiedenes zu Diskussion – nicht nur der freie Sitz der FDP, sondern möglicherweise die ganze Zauberformel.“

Was könnte Sie von der Kandidatur abhalten?

“Die Rücksichtnahme auf meine Familie oder, wie gesagt, eine ungünstige Konstellation im Parlament.“

Sie gelten nicht gerade als Strahlemann, waren in etlichen Bereichen sogar eine Art Prügelknabe. Haben Sie unter diesem im Vergleich zu Franz Steinegger trüberem Image gelitten?

“Nein, da muss man realistisch sein. Der Franz kommt aus dem Kanton Uri, ihm eilte der Ruf eines Katastrophenmanagers voraus. Vor einem solchen Hintergrund wirkt man im Schaufenster der medialen Welt zunächst einmal positiv. Ich bin eher der Typ, der früh klar Position bezieht, zum Beispiel in der EU-Frage, aber auch in Wirtschafts- und Steuerfragen. Da macht man sich auch Gegner.“

Man hat Sie immer auf eine Rolle als Mann des Wirtschaftsfreisinns reduziert.

“Das ist sicher eine falsche Darstellung. Wenn man aus der Wirtschaft kommt, wird man eben so etikettiert. Das geht anderen auch so. Ich bin aber nicht der typische Quereinsteiger, der sein Leben lang in der Wirtschaft war und dann mit 50 in die Politik geht. Ich war immer ein politischer Mensch, seit dem Studium. 1982 rückte ich mit 34 Jahren zum erstenmal in den Kantonsrat nach; da war ich gewiss noch keine Wirtschaftsfigur.“

Spielt Ihnen die gegenwärtige Tendenz, die eher nach rechts geht, nicht in die Hand?

“Das ist möglich. Es hat aber auch eine Verstärkung bei Links und Grün gegeben. Aber ich bin übrigens nicht nur ein Wirtschaftsfreisinniger: Gewiss, ich habe, wann es mir notwendig erschien, die Kräfte in Wirtschafts- und Finanzfragen gebündelt. Aber meine politischen Interessen waren immer breit angelegt: Vor allem Aussenpolitik und staatspolitische Fragen interessieren mich nach wie vor stark. Nur kann man diese Breite im Nationalrat weniger ausleben als im Ständerat. In unserem System mit maximal zwei Kommissionsmitgliedschaften und organisierten Debatten mit beschränkter Redezeit wird es nicht

geschätzt, wenn man als Finanz- und Wirtschaftspolitiker meint, man müsse beispielsweise auch in der Verfassungsrevision oder in der Aussenpolitik aktiv werden und den Platzhirschen das Feld streitig machen.”

Vor einem Jahr sind Sie als FDP-Präsident zurückgetreten, nicht zuletzt wegen des Swiss Life-Debakels. Hat das Wunden hinterlassen?

“In der Politik legt man sich zwar eine gewisse Elefantenhaut zu, aber so etwas geht einem doch nahe. Mich hat das eine Zeit lang innerlich belastet. Der Entscheid fiel mir nicht leicht. Ich bin ein politischer Mensch und wollte die Arbeit für die Partei weiterführen. Der erste Schlag war das Grounding der Swissair, am Tag nach dem Begräbnis der Opfer des Attentates in Zug. Bis dahin ging's eigentlich aufwärts. Die Partei legte in verschiedenen kantonalen Wahlen zu, in den Meinungsumfragen lagen wir Kopf an Kopf mit der SVP. Meine bürgerliche Akzentsetzung kam bei den Wählern an. Und dann sind zwei externe Variable falsch gelaufen: das Swissair-Grounding und die Swiss Life-Krise. Dazu kamen ein paar andere Exzesse in der Wirtschaft, wie bei ABB. Auch wenn man als Partei für solche Fehlentwicklungen nicht in der Verantwortung stand, haben sie sich direkt auf die FDP ausgewirkt.”

Im Nachhinein betrachtet: War der Entscheid richtig, vom FDP-Präsidium zurückzutreten?

“Nachträglich trotz allem ja. Ich musste aufgrund der damaligen Lage entscheiden. Damals war das Risiko vorhanden, dass die Gesundung der Swiss Life misslingen könnte, und das wäre für die Partei eine grosse Belastung gewesen.”

Wäre es denn auch denkbar gewesen, dass Sie FDP-Präsident bleiben und aus dem VR ausscheiden?

“Diese Variante haben wir natürlich auch geprüft. Wenn es aber dann mit der Swiss Life weiter nach unten gegangen wäre, wäre der Schattenwurf auf meine Person und auf die Partei massiv geworden. Dieses Risiko war mir zu gross.”

Kann man solche Krisen nicht einfach aussitzen?

“Das hätte man vielleicht können, wenn die Situation sonst parteipolitisch gefestigt gewesen wäre. Die war aber durch die Swissair-Krise und andere Fehlentscheidungen schon ziemlich belastet.”

Was ist seither mit der FDP passiert?

“Die mangelnde Bodenhaftung in einzelnen Teilen der Wirtschaft war für unsere Partei nicht nur wegen der Wählerakzeptanz schlecht, sie hat auch unseren Kurs in Richtung einer dezidierten, bürgerlichen Wirtschaftspolitik da und dort infrage gestellt. Jene, die q Freiheit und Verantwortung nicht in eine Balance bringen, sind, wie ein altes Zitat besagt, die Totengräber

der Marktwirtschaft. Das ist eines der Probleme des Freisinns. Gewisse wirtschaftspolitische Grundsatzpositionen werden dann hinterfragt. Und das war für die Partei schlecht.”

Viele wirtschaftsfreundliche Leute sind nun aber zur SVP abgewandert. Kann man die langfristig wieder zurückholen?

“Einer hohen Wirtschafts- und Finanzkompetenz ist selbstverständlich ein wichtiger Stellenwert einzuräumen. Darum haben wir ja bereits 2002 das Wachstumspapier unter meiner Federführung ausgearbeitet, das wir im Jahr 2002 verabschiedet und nun ins Wahlprogramm aufgenommen haben. Es besteht kein Zweifel daran, dass die SVP wirtschaftskompetente Köpfe für ihre Fraktion dazugewonnen hat und dass die erwähnten Ereignisse von aussen Zweifel an der Kompetenz der FDP genährt haben. Wenn man den Leistungsausweis dieser Legislatur anschaut, dann sieht die Bilanz gut aus. Die Revision des Kartellgesetzes, die Bilateralen haben wir an der vordersten Front geprägt. Das Steuerpaket haben wir zusammen mit der SVP und CVP durchgebracht. In der Verkehrspolitik waren wir zentral dabei. Bildung und Forschung war ein weiteres zentrales Thema. In der Wachstumspolitik haben wir sicher am kohärentesten politisiert. Aber es gibt in der Politik einerseits einen Leistungsausweis und andererseits ein Image. Und das Image war beschädigt.”

Wie schätzen Sie die Wirkung der bilateralen Verträge langfristig ein? Ist das nur eine Harmonisierung mit der EU oder schon der indirekte EU-Beitritt?

“Ich bin ein klarer Freund des Bilateralismus. Unter den gegenwärtigen und absehbaren Rahmenbedingungen seitens der EU ist er das Richtige. Das ist nicht eine Vorstufe oder ein Trainingslager für den Beitritt. Die Frage eines Beitritts lässt sich übrigens nicht anhand der Zeitachse, sondern nur anhand von Inhalten beantworten. Das ist ein dauernder Prozess, diese Fragen zu analysieren. Heute meine ich, dass der Bilateralismus ökonomisch mehr Vorteile hat. Mit dem Bilateralismus haben wir in verschiedenen Bereichen – Steuerpolitik, Sozialpolitik, flexiblem Arbeitsmarkt – mehr Handlungsspielraum, wo wir unsere komparativen Vorteile zur Geltung bringen können. Aber auch staats- und neutralitätspolitische Kriterien sprechen nicht für einen EU-Beitritt.”

Wo sehen Sie denn die Vorteile von bilateralen Verträgen? Die Nahrungsmittelpreise zum Beispiel werden durch die Bilateralen um 30 Prozent herunterkommen.

“Der Bilateralismus kann selbstverständlich auch Nachteile haben. Bei den Bilateralen II, wo auch die Landwirtschaft geregelt wird, da müssen wir selbstverständlich die Wettbewerbsmauern weiter abbauen, die wir noch haben und die zu erhöhten Preisen bei uns führen. Das ist losgelöst von der EU, aber auch binnenwirtschaftlich wichtig.”

Die Bilateralen führen unter anderem zu sinkenden Preisen, aber die Löhne sind trotzdem höher als im Ausland. Wie soll das aufgehen?

“Wir haben nicht nur ein nominell hohes Lohnniveau, wir sind auch kaufkraftbereinigt an der Spitze. Für den Wirtschaftsstandort heisst das: Um dies kompensieren zu können, müssen wir unsere Stärken ausspielen. Hoch rationalisierte, prozessoptimierte Produktion, wo der Anteil der Arbeitskosten tief ist, wo die Faktoren Kapital, Flexibilität, Steuern ein starkes Gewicht haben. Dann kann man auch mit vergleichsweise höheren Löhnen konkurrenzfähig sein. Längere Arbeitszeiten als im Ausland und eine hohe Flexibilität sind ebenso wichtig. Entscheidend ist auch der Faktor Innovation. Wir müssen also einerseits die Kostenseite beachten und andererseits die Innovationsseite. Das ist eine unternehmerische Aufgabe, und dafür brauchen wir aber auch gute wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen: Ein flexibles Arbeitsrecht haben wir schon, bei den Steuern müssen wir die Vorzüge wieder stärken. Die Politik muss die komparativen Vorteile bewahren, und die Unternehmer müssen dieses Umfeld nutzen.”

Gibt es da nicht eine deutliche Ausdifferenzierung des Arbeitsmarktes in hoch qualifizierte Spezialisten und normale Arbeitnehmer, die keinen Job mehr finden?

“Solche Verschiebungen hat es schon immer gegeben, und die wird es auch weiterhin geben. Das ist ein Prozess, der durch Automatisierung und Globalisierung beeinflusst wird. Den Blue-Collar-Worker braucht es aber nach wie vor. Im Gewerbe und Handwerk, das sich jobmässig sehr gut gehalten hat; seit Mitte der Achtzigerjahre sind dort sogar deutlich mehr Arbeitsplätze entstanden. Wir haben überhaupt zwischen 1985 und Ende 2002 eine Zunahme von gegen zehn Prozent mehr Arbeitsplätzen. Das vergisst man angesichts der aktuellen Arbeitslosigkeit gerne.”

Nun ist es aber auch so, dass hoch spezialisierte Unternehmen das Land verlassen.

“Ich will die Probleme gewiss nicht verniedlichen. Die politische Arena wird seit einiger Zeit leider beherrscht von Panikmachern und Problemverdrängern. In den Grenzregionen, wo ich herkomme, holen wir doch etliche Arbeitsplätze herein durch Investitionen aus dem Ausland. Der Standort Schweiz verfügt durchaus über einen guten Ruf. Dabei spielen steuerliche Gründe eine Rolle, aber auch die Flexibilität des Arbeitsmarktes. In einer Welt, in der immer kurzfristiger disponiert wird, ist das sehr wichtig. Wenn man das mit Deutschland vergleicht, schneidet die Schweiz besser ab. Die Sozialpartnerschaft in der Schweiz hat einen sehr hohen Standard. Das erleben wir auch bei GF.”
(Bühner war Finanzchef und ist heute Verwaltungsrat der Georg Fischer; Red.)

Bei GF hatte man wie bei anderen Unternehmen lange gehofft, dass es mit der Wirtschaft wieder aufwärts gehe. Und dann kam einfach der Moment, wo man Massnahmen ergreifen musste. Wie ist Ihre Prognose für die nächsten Monate?

“Ich gehe davon aus, dass die amerikanische Wirtschaft in diesem Jahr noch gegen drei Prozent wachsen wird. Die Beschleunigung zeichnet sich seit dem zweiten Quartal ab. Verschiedene vorauslaufende Indikatoren lassen hoffen. Das Konsumentenvertrauen nimmt in den USA zu. Das Wachstum wird gefördert durch eine gelockerte Fiskal- und Geldpolitik. Das sollte sich auch in einem gewissen Umfang auf die europäischen Volkswirtschaften übertragen. Aber: GF als Investitionsgüterproduzent dürfte das erst mit Verspätung spüren; wir können uns nicht darauf verlassen, dass die Konjunktur auch bei uns so stark anspringt, dass uns Überkapazitäten durch exogene Faktoren abgenommen werden. Darum haben wir bei GF früh eine umfassende Analyse gemacht. Und der Schluss war klar, dass wir in gewissen Bereichen abspecken müssen. Die Anzahl der Produktionsstätten ist zu gross.”

Springt der Funken wirklich über? In Amerika läuft die Wirtschaft jetzt besser, aber gleichzeitig versucht man, den Dollar tief zu halten wegen der Wahlen.

“Ich bin überzeugt, dass die US-Wirtschaft auch im Laufe des nächsten Jahres gut laufen wird und dass es einen gewissen Übertragungsmechanismus nach Europa gibt. Ich bin mir aber nicht so sicher, ob der Aufschwung in den USA nachhaltig ist. Ich zweifle daran, dass das langfristig funktioniert. In den USA haben wir grosse strukturelle Ungleichgewichte: in der Aussenwirtschaft, im Staatshaushalt, bei der Geldmenge, die enorm schneller wächst als die Wirtschaft. Kann das ausbalanciert werden, oder führt die Billigdollarsstrategie zu höheren Zinsen, was dann die Konjunktur gleich wieder dämpfen würde?”

Könnte die Schuldenblase nicht genauso platzen wie vor ein paar Jahren die Internet-Blase?

“Man muss die Probleme in den USA sorgfältig beobachten und analysieren. Mit einem starken Geldmengenwachstum und sehr tiefen Zinsen will man Schubkraft geben. Europa hat ähnliche, wenn auch nicht die gleichen Strukturprobleme wie die USA. In Europa haben wir einen rigiden Arbeitsmarkt. Dazu kommen eine viel zu hohe Fiskalität und eine leistungshemmende Steuerpolitik in vielen Ländern der Eurozone. Eine gelockerte Geldpolitik und eine expansive Finanzpolitik können einen Schub auslösen, aber dieser dürfte nicht nachhaltig sein. Ein Realwachstum von 2,5 Prozent in der Eurozone wird es nachhaltig nur geben, wenn diese Strukturprobleme gelöst werden.”

Nochmals zurück zur Swiss Life, wo Sie VR-Vizepräsident sind. Die Aktie ist ja im letzten Jahr ziemlich stark angestiegen. Wie stark war da Ihr Einfluss?

“Das war sicher nicht in erster Linie mein Einfluss, sondern das Verdienst der neuen Mannschaft unter VR-Präsident Bruno Gehrig und CEO Rolf Dörig. In der jetzigen Gesundungsphase kommt uns sicher auch zugute, dass die Börse generell wieder Tritt gefasst hat, dass man entdeckte, dass man die Finanzdienstleister zu stark heruntergeschrieben hatte. Intern waren es personelle Massnahmen auf der Ebene Geschäftsleitung und VR, die wieder Vertrauen geschaffen haben. Der Markt hat gesehen, dass die neue Strategie nicht nur deklariert, sondern auch umgesetzt wird. Dann nimmt man von aussen auch wahr, dass die neue Unternehmensleitung unter Rolf Dörig eine Vielzahl von Einzelmassnahmen ergriffen hat – vom IT-Bereich bis zum Aussendienst. In der Sättigungsphase waren da, wie überall, zahlreiche Unvollkommenheiten entstanden, und nun ist offensichtlich, dass daran hart gearbeitet wird. Und schliesslich realisiert der Markt, dass sich die Rentenanstalt/Swiss Life auch zahlenmässig schneller erholt hat als erwartet. Das alles dürfte den Kurs über den Index hinaus nach oben gestossen haben.”

Wird die Aktie denn je wieder den alten Stand erreichen?

“Ich pflege die Tugend, nichts zur Aktienentwicklung eines Unternehmens zu sagen, bei dem ich durch ein Mandat engagiert bin. Der Markt wird auch in Zukunft immer wieder Unter- und Übertreibungen machen. Die Börse wird weiterhin die Schlüsselemente verfolgen, wie Management, Strategie, operative Exzellenz und die Branche insgesamt.”

Haben Sie im Moment grosses Vertrauen in die Börse? Wie viel von Ihrem Vermögen haben Sie selber in Aktien angelegt?

“Ich war lange Zeit sehr defensiv, habe aber in diesem Jahr ein bisschen aufgestockt. Auch bei gewissen Turnaround-Kandidaten habe ich etwas Mut gefasst. Swiss Life kaufe und verkaufe ich nicht aus Rücksicht auf mögliche Insidervorteile. Ich habe heute etwas mehr Aktien. Wenn ich das Haus abziehe, dann habe ich eine Aktienquote von gegen 40 Prozent.”

Swiss Life hat natürlich vom Trend der Branche profitiert, aber der Börsenkurs hat sich seit Frühling vervierfacht, was ungewöhnlich ist. Habt Ihr denn ein so viel besseres Management?

“Swiss Life war ja auch am stärksten eingebrochen. Wahrscheinlich hat der Markt jetzt Vertrauen gefasst, dass wir Nägel mit Köpfen machen. Und die Rahmenbedingungen der Politik sind etwas besser. Das ist für uns sehr wichtig, weil wir am stärksten im Geschäft mit der Zweiten Säule sind. Die Anpassung des Mindestzinssatzes und die Debatte um den Umwandlungssatz

haben uns stärker begünstigt als jene Versicherer, die mehr im Sachgeschäft tätig sind.”

Das Image der Versicherungen hat sich gerade wegen der Diskussionen um den Mindestzins verschlechtert.

“Eigentlich zu Unrecht. Jede Branche hat ihre hausgemachten Probleme, und die will ich nicht beschönigen. Aber das schlechte Image der Versicherungen ist vor allem aufgrund von Übertreibungen entstanden. Es wird eine grosse Aufgabe der Branche sein, das wieder zurechtzurücken.”

Kann man das überhaupt wieder richtig stellen?

“Die Arbeit müssen wir ganz einfach tun. Ich wurde im Wahlkampf oft auf die Zukunft der Sozialversicherungen angesprochen. Dann habe ich jeweils meine Folien ausgepackt und versucht, den Leuten zu erklären, was da vor sich geht. Beispiel Zweite Säule: Da waren die Leute unter Schock, weil der Mindestzins gesenkt wurde, was über die Jahre gesehen zu niedrigeren Renten führt. Vieles wurde aber falsch und dramatisiert dargestellt. Als das BVG 1985 in Kraft trat, wollte der Gesetzgeber auf diesem Weg 36 Prozent des gesicherten Salärs als Rente gewährleisten. Selbst wenn man nur vier Prozent Mindestzins rechnet und das mit dem Lohnwachstum vergleicht seit 1985, das im Schnitt nur 2,7 Prozent betrug, dann hat sich dadurch die Rentenquote auf 42 Prozent erhöht. Man bekommt also eine höhere Rente, als der Gesetzgeber das je vorgesehen hatte. Kommt hinzu, dass ein grosser Teil der autonomen Kassen und auch der Sammelstiftungen wesentlich mehr als die vier Prozent gutgeschrieben haben. Da ergeben sich mehr als 42 Prozent. Die Zweite Säule hat nicht nur die Anforderungen des Gesetzgebers erfüllt, man hat die Leistung trotz der jüngsten Einbrüche am Kapitalmarkt übertroffen. Wenn man das den Leuten zeigen kann, dann greift auch wieder eine objektivere Betrachtung Platz. Da gibt es einfach riesige Wissenslücken.”

Ist die Zweite Säule überhaupt noch eine gescheite Institution?

“Ich bin absolut überzeugt vom Drei-Säulen-System. Jede Säule hat Vor- und Nachteile, und durch das Zusammenführen gibt es eine Optimierung. Die Erste Säule ist stark demografieabhängig. Länder, die nur die erste Säule haben (in Deutschland 85 Prozent der Renten), laufen jetzt in gewaltige Finanzierungslücken hinein, da sind unsere AHV-Probleme geradezu bescheiden. In der Zweiten und Dritten Säule gilt das kaum, denn da sparen wir alle individuell für unser Alter, aber da haben wir das Kapitalmarktrisiko. Über eine lange Frist wie es ein über vierzigjähriges Arbeitsleben ist, gleichen sich solche Schwankungen aber aus. Jetzt ist sehr wichtig, dass Transparenz hergestellt wird. Das wird in der BVG-Revision zu Recht eingefordert. Absolute, lückenlose Transparenz muss es bei den autonomen Pensionskassen, aber auch bei den Sammelstiftungen geben.”

Entsteht mit der Zweiten Säule nicht eine Art Staat im Staat? Wenn aus 500 Milliarden Franken Anlagevermögen mal eine Billion wird, was geschieht dann? Es ist bekannt, dass Vermögen, das anonymisiert wird, in Gefahr ist, nicht optimal eingesetzt zu werden, um es vorsichtig auszudrücken.
“Das ist gewiss eine Herausforderung. Darum sind die Verantwortungsträger – Stiftungsräte, Anlageausschüsse – sehr gefordert, weil es um so grosse Summen geht. Ich meine überhaupt, dass die eigene, individuell verantwortete Vorsorge durch die Erste und Zweite Säule schon stark beschnitten worden ist. Und auch die Gelder der Dritten Säule kommen ja meist in Sammelstiftungen, die der eigenen Anlage entzogen sind.”

Da widersprechen Sie sich aber. Sie sind einerseits ein Fan des Drei-Säulen-Systems, andererseits ein Befürworter des freien Sparens.

“Es braucht eben beides. Die eine Seite ist die Erste und Zweite Säule, welche den Existenzbedarf sicherstellt, während die Dritte Säule den Luxusbedarf decken soll. Eine möglichst breite Eigentumsstreuung ist staatspolitisch wichtig. Darum bin ich so hinter dem Systemwechsel beim Eigenmietwert her, um das Bausparen zu erleichtern. Wohneigentum ist für mich die populärste Form des Eigentums. Das ist ein Eigentum, zu dem man selber schauen muss.”

Sie haben sich damals sehr für die Swiss engagiert. Jetzt ist das nicht so optimal gelaufen. Würden Sie es nochmals machen?

“Bei der Swiss ist leider vieles schief gelaufen. Sie hat zu spät auf die massiven Veränderungen des Marktes reagiert. In verschiedenen Bereichen ist sie nicht sehr überzeugend aufgetreten; das neue Verpflegungskonzept zum Beispiel ist ein Murks. Da habe ich mich natürlich geärgert. Gerade weil ich mich seinerzeit nach langem Abwägen engagiert hatte. Ich hatte zuvor noch nie dem Staatsinterventionismus im Zusammenhang mit einem Firmenkollaps das Wort gesprochen, und ich bin jetzt schon über 20 Jahre in der Politik. Im Gegensatz zu der Linken ging es für mich aber nicht in erster Linie um ein Präjudiz in Sachen Arbeitsplätze. Bei einem ordentlichen Konkurs wäre ich gegen Staatshilfe gewesen. Aber: Wir hatten mit dem Grounding enorme Folgeschäden für das Image des Landes; und das war für mich in erster Linie die Rechtfertigung dieser Rettungsübung: Wir mussten versuchen, den Imageschaden vom Land abzuwenden.”

Waren das nicht einfach gewaltige Managementfehler, die da mit Staatshilfe ausgebügelt wurden?

“Ja. Das waren einfach grosse Fehlleistungen; die Warnsysteme haben nicht funktioniert, nicht in der Firma und nicht beim Bund.”

Aber ist das heute besser?

“Bis jetzt wird die obligationenrechtliche Aufsicht wahrgenommen, obwohl ich nicht alles gut gefunden habe, was bisher geleistet worden ist. Auch die Aufsicht des Bundes ist besser geworden. Ich hoffe natürlich, dass die Swiss noch mehr Lehren zieht, auch im operativen Geschäft. Wenn es aber eine kontrollierte Aufgabe der Selbstständigkeit geben müsste, was ich nicht hoffe, dann gäbe es für mich nie wieder einen Franken Staatsgelder.”

Die Verleger haben gerade bei ihrer Jahrestagung beschlossen, dass sie gerne 150 Millionen vom Staat hätten. Was ist Ihre Meinung dazu?

“Gar nichts. Ich habe bis jetzt die Posttaxen-Verbilligung unterstützt. Als Präsident der Finanzkommission habe ich immer dafür plädiert, dass man dieses Geld nach klaren Kriterien gezielter verteilen sollte. Dazu bin ich bereit.

Alle anderen staatlichen Unterstützungstöpfe, die in diesen Wettbewerb eingreifen, lehne ich ab. Wenn die Branche von sich selber aus einen Solidaritätsfonds einrichten würde, dann wäre das ihre Sache.”